

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben hier einen **Eilantrag** debattiert, der nach unserer Geschäftsordnung direkt abzustimmen ist. Ich stelle deshalb den Inhalt des Antrags **Drucksache 16/1310** der FDP zur Abstimmung und darf fragen, wer diesem Eilantrag zustimmen möchte. – Wer ist gegen diesen Eilantrag? – Wer enthält sich? – Damit ist der Eilantrag der FDP mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Es gibt noch keinen Anlass, den Saal zu verlassen, meine Kolleginnen und Kollegen. Wir sind noch in den Abstimmungen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Lassen Sie sie ruhig gehen, dann haben wir die Mehrheit!)

Ich komme zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/1381**. Ich darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte. – Die CDU-Fraktion. – Wer stimmt gegen den Entschließungsantrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion. – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der Entschließungsantrag der CDU mit dem festgestellten Ergebnis **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

3 **Energiemonitoring und Fortschrittsbericht „Energiewende in NRW“ schafft Transparenz und Faktenbasis**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1047

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion zunächst Herrn Kollegen Kufen das Wort. Bitte, Herr Kollege Kufen.

Thomas Kufen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gestern schon eine Runde zur Energiepolitik gemacht, Herr Minister. Heute gehen wir ins Rückspiel. Eines ist doch völlig klar: Das Gelingen der Energiewende ist in unserem eigenen, in nordrhein-westfälischem Interesse. Darum sollte es auch gar keinen Streit in diesem Land geben.

Dass das aber alles kein Spaziergang wird, dass es ein Bereich ist – wahrscheinlich abgesehen von der Währungs- und Finanzkrise –, bei dem wie nirgendwo sonst so viele Interessen aufeinanderstoßen, bei dem es beim Einkommen und Vermögen um Milliarden geht, das steht doch außer Zweifel. Das macht die ganze Diskussion, vor der wir stehen, ja insgesamt auch nicht leichter.

Was mich stört, weil es am Ende nicht hilft, ist das Gerede, dass die Energiewende ins Stocken gerät, verstopft ist. Wir stehen erst am Anfang einer großen Aufgabe. Ich finde, beim Thema „Energiewende“ wird viel zu schwarz und weiß gemalt.

Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht. Wir versprechen uns davon eine differenzierte Betrachtung, mehr Transparenz, mehr Faktenbasis und dass wir nicht die Diskussion über die Energiewende als Debatte um Atomkraft mit anderen Mitteln fortsetzen.

(Beifall von der CDU)

Wir brauchen eine einheitliche Basis auch für Nordrhein-Westfalen. Denn eines ist doch völlig klar: Technisch – das haben Sie auch gestern gesagt – ist die Energiewende machbar. Aber allein die Machbarkeit im technischen Sinne garantiert noch nicht den Erfolg, den wir eben auch brauchen.

Aus meiner Sicht, aus unserer Sicht, aus Sicht der CDU-Fraktion brauchen wir vier Dinge. Mit dem großen Quast will ich Ihnen die gerne erläutern.

Wir brauchen mehr Koordination bei den Erneuerbaren und beim Netzausbau. Wir brauchen Bezahlbarkeit für Verbraucher und für die Unternehmen, was den Strom angeht. Wir brauchen mehr Energieeffizienz. Darauf haben wir in der Vergangenheit viel zu wenig geachtet. Da brauchen wir einen Schub nach vorne. Wir bedauern sehr, dass es im Bundesrat zu keiner Einigung gekommen ist, was die energetische Gebäudesanierung angeht. Und – das lassen Sie mich als Viertes noch anfügen – wir brauchen einen Konsens auch hier in Nordrhein-Westfalen. Denn sonst werden auch wir in Nordrhein-Westfalen diese gewaltige Aufgabe nicht lösen können.

(Beifall von der CDU)

Ich finde, das ist kein unsittlicher Antrag. Es ist ein Antrag, über den wir gemeinsam reden sollten, wie wir das hinbekommen. Wir brauchen ein Landesenergiemonitoring. Wir brauchen aus unserer Sicht einen wissenschaftlich begleiteten Fortschrittsbericht, damit wir jedes Mal sehen können, wo wir stehen, wo wir nacharbeiten müssen und wo wir auch Erfolge haben. Das kann doch nur in Ihrem Interesse als Regierung sein.

(Beifall von der CDU)

Insofern hoffe ich, dass wir uns gemeinsam darauf verständigen können. Denn wenn wir die Energiewende klug angehen, dann wird sie am Ende auch wirtschaftspolitisch sinnvoll sein und uns auf den globalen Wettbewerb, auf den Wettbewerb der Zukunft vorbereiten, mit Umweltpolitik und Umweltwirtschaft als Treibern für Zukunftsmärkte. Wir können uns profilieren, indem wir deutlich machen, dass wir sowohl die graue als auch die grüne Industrie in Nordrhein-Westfalen brauchen und dass wir am Ende auch weniger Energieimporte haben werden.

In diesem Zusammenhang gibt es Aufgaben, von denen manche kurz-, manche mittel- und manche langfristig zu lösen sind. Zu kurzfristig und mittelfristig gehört sicherlich: Wie gehen wir mit den Netzen um? Beim Thema „Stromspeicher“ haben wir wahrscheinlich etwas mehr Zeit, weil wir auch den technischen Fortschritt noch brauchen.

Aber es gibt Themen, die sind sehr wichtig, und die müssen wir sofort lösen. Da geht es darum: Wie schaffen wir neue Anreize für Kraftwerkskapazitäten in diesem Land? Wie setzen wir die richtigen Impulse, gerade für Kraftwerke, wenn eben Sonne und Wind nicht ausreichend sind? Wie organisieren wir die Strommärkte, damit es sich zukünftig auch lohnt, hohe Lastspitzen wegzunehmen? Denn die Frage wird ja nicht sein: Wie regeln wir die Grundlast? Die Frage wird vielmehr sein: Wie regeln wir die Regellast in diesem Land? Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich ein Wort zum EEG sagen. Niemand, auch die FDP nicht, wird bestreiten, dass das EEG ein erfolgreiches Gesetz zur Markteinführung der erneuerbaren Energien ist. Aber wenn die Markteinführungsphase vorbei ist und wir das feststellen, dann brauchen wir etwas Neues, was an die Stelle des EEG tritt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb lassen Sie uns hier auch gemeinsam darüber reden, wie wir die Erneuerbaren ein Stück weit aus dem Biotop der Subventionswelt herausführen und in den Markt entlassen. Auch das ist wichtig. Denn die Energiewende muss nicht nur technisch realisierbar sein, sondern sie muss auch ökonomisch und ökologisch vernünftig sein.

(Beifall von der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, bringen wir diesen Antrag ein. An diesem Antrag können wir am Ende auch einlösen, ob wir es ernst meinen mit der Energiewende oder ob wir hier vorgezogenen Bundestagswahlkampf machen.

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land, stark an Industrie, stark an Mittelstand. Wir sind deshalb stark, weil die soziale Marktwirtschaft das Erfolgsmodell der letzten Jahrzehnte war. Das soll es auch in Zukunft sein. Deshalb brauchen wir auch diesen Kompass für die Zukunft. Wir wollen den Erfolg der Energiewende made in Germany. Das ist unser Ziel als CDU Nordrhein-Westfalen im Interesse unseres Landes.

Wir freuen uns auf die weitere Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schmeltzer das Wort.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Kufen, Sie haben darauf aufmerksam gemacht. Wir haben gestern schon über Energiepolitik gesprochen, heute wieder. Sie haben das heute als Rückspiel bezeichnet. Das Hinspiel haben Sie verloren. Das Rückspiel werden Sie auch verlieren. Nur schade, dass es bei uns im Parlament kein K.-o.-System gibt. Dann wäre das Thema endgültig erledigt.

Dem Landtag liegen heute in der Tat zwei Anträge von einer Oppositionspartei zur Energiepolitik vor.

Der FDP-Antrag, der annähernd eins zu eins einem FDP-Präsidiumspapier entspricht, soll ohne Debatte an den Ausschuss überwiesen werden. Das hat mich etwas verwundert, Herr Kollege Brockes, da Sie doch gestern noch freudig angekündigt haben, dass dieser FDP-Antrag heute auf der Tagesordnung steht. Sie haben nur gestern verschwiegen, dass er gar nicht debattiert werden soll. Schade eigentlich. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Fünf Minuten hätten für diesen Antrag eh nicht gereicht.

Im Plenum wird also heute ausschließlich der CDU-Antrag debattiert. Es ist schon etwas verwunderlich, Herr Kollege Kufen, anderthalb Jahre nach Fukushima, anderthalb Jahre, nachdem die Bundesregierung lange geschlafen hat, nachdem hier aus Ihren Reihen eigentlich überhaupt nichts kam, das jetzt auf einmal als das wesentliche Thema anzusehen.

Wenn Sie die letzten zwei Jahre verfolgt hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass wir das Thema nach Fukushima aufgegriffen haben. Wenn Sie die kleine Regierungserklärung von Minister Duin aufmerksam verfolgt hätten, dann wüssten Sie, dass das hier in guten Händen ist und dass all das, was Sie versuchen, auf den Weg zu bringen, schon längst umgesetzt wird. Aber ich gehe davon aus, ohne die Worte des Ministers zu kennen, dass er darauf detailliert eingehen wird.

Als ich sah, dass Sie mit diesem Antrag ein Monitoring fordern, dachte ich im ersten Moment: Oh je, was ist passiert? Die CDU freundet sich jetzt endlich mit dem Klimaschutzgesetz an. – Dieses Gesetz sieht nämlich einen wissenschaftlich begleiteten Monitoring-Prozess vor, der sich auf die Erreichung der Klimaschutzziele des Landes und auf die Umsetzung der Maßnahmen aus dem vorgesehenen Klimaschutzplan beziehen wird. Dabei wird es sicherlich auch um energiepolitische Indikatoren gehen.

Beim Lesen Ihres Antrages wurde aber schnell klar: Dieser Antrag übernimmt einfach das Konzept eines Monitoring-Berichtes des Bundeswirtschafts- und des Bundesumweltministeriums. Auf eine Kleinen

Anfrage des SPD-Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, Rolf Hempelmann, antwortete die Bundesregierung am 16. Juli 2012:

„Der Bundesminister für Wirtschaft ... und der Bundesminister für Umwelt ... erstellen ... jährlich ... einen faktenorientierten Monitoring-Bericht, der erstmals im Dezember 2012 für das Berichtsjahr 2011 vorgelegt wird...

Alle drei Jahre, erstmals im Jahr 2014, werden der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesumweltminister einen zusammenfassenden Fortschrittsbericht vorlegen.“

Mit Ihrem Antrag hier im Landtag fordern Sie nun die Landesregierung auf, das Gleiche hier in Nordrhein-Westfalen noch einmal zu machen. Dieser Antrag wirft doch letztlich die Frage auf, wie das alles zueinander passen soll.

Da erklärt der Bundesumweltminister die Ziele der Bundesländer in der Energiepolitik zu einem der Hauptthemen der Energiewende. Nach seinem Besuch in der CDU-Fraktion erklärte er am 30.10. laut Pressemitteilung der CDU wörtlich, auch bestehende Länderpläne müssten gegebenenfalls angepasst werden. Am 08.11. bringt die CDU dann einen Antrag mit Datum vom 04.10. in den Landtag ein, der die gleichen landespolitischen Ziele, die der CDU-Umweltminister anpassen möchte, hier zur Grundlage eines umfassenden Monitoring-Verfahrens machen will.

Ja, was denn nun? Will die CDU in NRW die Energiewende zur Ländersache machen oder regionalisieren? Möchte die CDU eigenständige energiepolitische Indikatoren in den Bundesländern entwickeln? Möchte die CDU, dass es zukünftig nicht nur eine Energiewende in Deutschland, sondern auch andere als die in Nordrhein-Westfalen gibt? Möchten Sie am Ende sogar 17 Energiewenden – eine im Bund und 16 in den Ländern?

Ich bin bisher immer davon ausgegangen, dass die auf Bundesebene beschlossene Energiewende eine nationale Aufgabe ist.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Kufen zulassen?

Rainer Schmeltzer^{*)} (SPD): Aber immer gerne. – Dann halten Sie auch die Zeit an.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Da müssen Sie nicht in Sorge sein, Herr Kollege.

Thomas Kufen (CDU): Herr Abgeordneter Schmeltzer, würden Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass es zwischenzeitlich ein Treffen der 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten

mit der Bundeskanzlerin gegeben hat? Genau dort hat man das Konzept 16 plus 1 für die Energiewende verabredet. Insofern gibt es gar keinen Dissens mehr zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung. Das hat übrigens auch Herr Ministerpräsident Albig, der Ihrer Partei angehört, in der Pressekonferenz sehr, sehr deutlich gemacht. Frau Ministerpräsidentin Kraft war dabei. Insofern möchte ich sagen: Ihre Textbausteine sind etwas alt. Würden Sie das einräumen?

Rainer Schmeltzer^{*)} (SPD): Ich nehme das natürlich zur Kenntnis. Ich kenne das Protokoll der Ministerpräsidentenkonferenz. Ich kenne auch die Inhalte dessen, wo genau das gesagt und ausgeführt wird, was ich eben gesagt habe. Es wird – natürlich länderübergreifend – einen Zusammenschluss geben. Minister Duin hat das übrigens immer ausgeführt. Er hat auch immer gesagt, dass wir den Vorreiter machen, wenn die Bundesregierung weiter pennt. So hat er es nicht gesagt, aber so sage ich es.

Wir werden sehr maßvoll da herangehen; aber wir werden hier nicht etwas aus Berlin als Blaupause für einen Monitoring-Prozess nehmen, der hier schon teilweise angegangen wurde. Wir werden darauf sehen, dass wir nicht 17 verschiedene Energiewenden bekommen. Das war übrigens auch Bestandteil dieser Ministerpräsidentenkonferenz, die stattgefunden hat, konterkariert aber das, was Sie in Ihrem Antrag schreiben. Auch das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Kufen.

Die Bundesländer werden es so machen, wie ich es dargestellt habe. Ich bin immer davon ausgegangen, dass dies eine nationale Aufgabe ist. Das wird auch so sein. Entsprechend hat vor allem Nordrhein-Westfalen beim Bund auf eine genaue Zieldefinition gedrängt. Wir nennen das in den Diskussionen teilweise „Masterplan“. Diese Forderung nach einem Masterplan wurde seitens der Bundesregierung bisher nicht erfüllt, Herr Kollege Kufen.

Der Antrag der CDU drückt sich sowohl um die Bezugnahme auf den vorgesehenen Monitoring-Prozess in der Klimaschutzpolitik wie auch um die Forderung nach einem Masterplan. Da fragt man sich schon, was das denn soll. Auf welche Ziele und Indikatoren sollte sich der zusätzliche Monitoring-Bericht des Landes NRW denn nach Auffassung der CDU beziehen? Auf einen zwischen Bund und Ländern koordinierten Masterplan, den es gar nicht gibt? Auf die Ziele aus dem Energiekonzept der Bundesregierung? Vielleicht werden wir aber im zuständigen Ausschuss in der Lage sein, diese Fragen gemeinsam zu beantworten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die Fraktion Bünd-

nis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Brems das Wort.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Ursprünglich war diese Debatte über den CDU-Antrag mit der Debatte über den FDP-Antrag verbunden. Ich habe so eine Ahnung, warum die FDP diese Debatte heute nicht wollte. Dazu komme ich aber gleich noch einmal.

Die CDU fordert ein Energiemonitoring. Ganz klar ist, dass dieses geforderte Energiemonitoring ein Teil des Klimaschutzplans ist, den wir jetzt schon angehen und bei dem wir mitten in der Arbeit sind. Ich habe mich, als ich diesen Antrag gelesen habe, gefreut und mir gedacht: Die CDU scheint irgendwie ihren Widerstand aufzugeben und unterstützt jetzt den Klimaschutzplan bzw. das Klimaschutzgesetz. Ich hoffe, ich habe mich da nicht zu früh gefreut. Auf die Debatte bin ich gespannt. Herr Kufen, Sie haben ja eben in Ihren Ausführungen auch von Konsens gesprochen. Das würde mich sehr freuen; denn genau die Sachen, die Sie gerade fordern – die wissenschaftliche Begleitung und dieser Konsens –, sind zentrale Aspekte des Klimaschutzplans.

Ein Monitoring der Ziele und der Zwischenziele bzw. Zwischenschritte ist natürlich sehr, sehr wichtig. Ihr Antrag und auch Ihre Rede, Herr Kufen, suggerieren allerdings, dass mit dem Energiemonitoring in NRW allen Herausforderungen der Energiewende begegnet werden kann. Das finde ich doch etwas schwach.

Herr Kufen, wer fordert, erneuerbare Energien in den Markt zu integrieren, zeigt, dass er von Energiepolitik keine Ahnung hat; denn erneuerbare Energien haben keine Grenzkosten. Genau diese Grenzkosten werden an der Leipziger Strombörse – im Gegensatz zu fossilen und nuklearen Energieträgern, die Grenzkosten haben – nun einmal zur Preisbildung herangezogen. Das heißt, erneuerbare Energien würden dazu führen, dass wir, wenn sich der Markt nicht verändert, irgendwann einen Preis von null Euro an der Strombörse hätten.

Sie haben jetzt gesagt, dass Erneuerbare-Energien-Gesetz sei nur ein Markteinführungsinstrument. Sie sagen aber nicht: Was ist die Alternative? Wo soll es denn hingehen? Da wird die FDP ein bisschen konkreter und fordert das planwirtschaftliche Instrument par excellence, die Quote. Aber auch sie löst das Problem nicht.

Ich kann mir vorstellen, warum die FDP ihren Antrag heute nicht diskutieren will. Wir finden, dieser Aspekt und auch andere Aspekte im FDP-Antrag sind ideologisch begründet und teilweise vollkommen überholt. Die Vorstellungen beispielsweise zum Kraftwerkspark in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen haben nichts mit Marktwirtschaft oder technischer Begründbarkeit, sondern allein mit Ideologie zu tun.

(Ralf Witzel [FDP]: Sind Sie ideologiefrei in Ihrer grünen Umweltpolitik?)

In der Hoffnung auf ein Wolkenkuckucksheim CCS machen Sie einfach weiter wie bisher und verschieben die Problemlösung in die Zukunft und in andere Länder, weil Sie ganz klar selber sagen: NRW hat gar keine eigenen Lagerstätten, also sollen andere das mal schön für uns lösen. – Wir finden, das kann man so nicht machen, und ich bin gespannt, was die weitere Debatte mit Ihnen ergeben wird. Schade, dass Sie sich heute davor gedrückt haben.

Auch Ihre Forderung zum Kraftwerkserneuerungsprogramm, das Sie wieder aufleben lassen und endlich durchführen wollen, stammt aus einer komplett anderen Zeit. Teilweise beschreiben Sie ja an anderen Stellen im Antrag die Veränderungen selbst ganz treffend. Unser Energiemix besteht mittlerweile schon zu 25 % aus erneuerbaren Energien, und auch nach den Vorstellungen der aktuellen Bundesregierung sollen diese weiter steigen. Das erfordert flexible Kraftwerke, kleine Einheiten, vor allem in Süddeutschland.

Auch mit Ihrer Forderung nach der uneingeschränkten Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms gehen Sie an technischen und marktwirtschaftlichen Notwendigkeiten vorbei und setzen rein auf Ideologie.

Über andere Forderungen des FDP-Antrags, die teilweise überholt sind oder sich längst in der Umsetzung befinden, können wir in den Ausschüssen gemeinsam diskutieren. Ich freue mich auch über den weiteren Austausch mit der CDU über den Klimaschutzplan und inwieweit die wissenschaftlichen Erkenntnisse genau das abbilden, was im CDU-Antrag gefordert wird.

Insgesamt wünsche ich mir jedoch für diese Debatte, vor allem der Debatte über den FDP Antrag, dass Sie nicht weiter von den Fehlentscheidungen auf Bundesebene zur Energiewende ablenken, indem Sie die Anstrengungen in NRW in den Dreck ziehen. Ich würde mir wünschen, dass Sie ideologisch abrüsten, wie es der CDU-Antrag teilweise tut, und endlich die technischen und marktwirtschaftlichen Gegebenheiten anerkennen und diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Brems, lieber Kollege Schmelzer, es freut mich, dass unser Antrag bei Ihnen schon ein so großes Interesse auslöst hat

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben wir nicht gesagt!)

und dass Sie, Frau Kollegin Brems, sich auch schon intensiv mit dem Antrag beschäftigt haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich auch!)

– Leider nicht, Herr Kollege Schmeltzer, sonst hätten Sie gemerkt, dass der Antrag nicht die Übernahme des Präsidiumsbeschlusses ist, sondern viele konkrete Punkte zu Nordrhein-Westfalen enthält. Deshalb ist der Antrag sehr gut und interessant. Das ist auch der Grund – Sie haben die Begründung schon selbst geliefert –: Da wir das Thema „Energiepolitik“ schon zum zweiten Mal in Gänze diskutieren, war uns dieser gute Antrag zu schade, um in großer Runde über ihn zu debattieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Antrag war zu schade fürs Plenum?)

– Nein, er war uns zu schade, um hier von Ihnen in einem allgemeinen Brei verfrühstückt zu werden. Deshalb werden wir die Debatte zu einem späteren Zeitpunkt führen – nach der Ausschussberatung, wenn der Antrag wieder ins Plenum kommt.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Frau Kollegin Brems, wenn Sie aus dem Antrag die CCS-Technologie erwähnen und sagen, wir würden auf alte Pferde setzen, schauen Sie doch einfach mal in Ihren Koalitionsvertrag! Darin steht sie auch.

Zum Antrag der CDU-Fraktion zum Energiemonitoring: Deutschland ist beim Klimaschutz der Vorreiter der Industrieländer. Mit der Energiewende auf der Grundlage des Energiekonzepts der Bundesregierung und des Bundestags aus dem Jahre 2011 werden wir die Vorreiterrolle auch zukünftig wahrnehmen und ausbauen. Es ist Aufgabe der Politik, dazu beizutragen, den breiten gesellschaftlichen Konsens für die Energiewende zu erhalten.

Daher fordern wir auch in unserem Antrag zur Energiewende, den wir später diskutieren werden, dass wir uns hier im Landtag häufiger und intensiver mit der Zukunft und der Umsetzung der Energiewende in Nordrhein-Westfalen beschäftigen. Dass wir das tun, finde ich gut, und deshalb begrüßen wir heute den Antrag der CDU-Fraktion.

Die Energiewende ist nicht innerhalb weniger Jahre zu schaffen. Sie ist ein Generationenprojekt und wird häufig mit einem Marathonlauf verglichen – zu Recht. Unkenrufe bei jedem kleinen Straucheln, dass die Energiewende jetzt schon gescheitert sei, sind daher absolut unangebracht. Insofern sind wir alle in der Pflicht, die Diskussion wieder ein Stück weit geradzurücken und in sachliche Bahnen zu lenken, Herr Kollege Schmeltzer.

Es bedarf auch eines Monitorings, um den Fortgang der Energiewende in Bezug auf Nordrhein-Westfalen für jeden nachvollziehbar zu machen. Schließlich setzen wir dabei vor allem auf technologische

Entwicklungen in den nächsten Jahrzehnten, bei denen noch niemand absehen kann, wie, wann und ob sie überhaupt kommen werden.

Hier zeigt sich übrigens auch eine der Sollbruchstellen zu Ihrem Klimaschutzplan, Herr Minister Remmel. Er hat leider den Raum gerade verlassen. Denn nach der Maßgabe des Klimaschutzgesetzes müssen bereits die Wirkungsbeiträge der noch unbekannteren Technologien in den Plan aufgenommen werden. Wie Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, und die von Ihnen handverlesenen Teilnehmer des Dialogprozesses das ohne die Hilfe von Nostradamus schaffen wollen, ist mir rätselhaft.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zurück zu dem vorliegenden Antrag: Das von der CDU vorgeschlagene Monitoring-Verfahren ist grundsätzlich sinnvoll. Von seiner Zielrichtung hat es aber eher die gesamte Bundesrepublik im Auge. Der Schwerpunkt sollte aber unseres Erachtens auf der Umsetzung der Energiewende in Nordrhein-Westfalen liegen und darauf, inwieweit die Abstimmung mit Bund und Ländern vorankommt, zum Beispiel bei der Frage des Netzausbaus und dem damit synchronisierten Ausbau der erneuerbaren Energien.

Diese und weitere Fragen sollten wir daher im Ausschuss weiter erörtern. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Piratenfraktion erteile ich nun Herrn Kollegen Schmalenbach das Wort.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Bürger hier im Saal und zu Hause! Die CDU-Fraktion möchte angelehnt an das Monitoring auf Bundesebene auch hier in NRW die Energiewende messen, protokollieren und auswerten. Herr Kufen will die erneuerbaren Energien aus dem Biotope der Subventionen führen. Wir hätten uns gewünscht, dass dies an anderer Stelle längst geschehen wäre. Herr Schmeltzer beklagt die falsche Ausrichtung. Also lassen Sie uns einfach über die Ausrichtung reden, den Antrag anpassen und umsetzen.

(Beifall von den PIRATEN und Thomas Kufen [CDU])

Mir ist ziemlich egal, ob Sie aus diesem Antrag mal wieder parteipolitisches Geplänkel machen. Sie sehen die Sache dabei nicht. Das stört mich einfach. Wir würden gerne einfach nur das Gute aus diesem Antrag ziehen, denn das gibt es, diesen Antrag weiterbearbeiten, bereden, verbessern und dann abschließen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und Thomas Kufen [CDU])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Duin das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kufen, ich will Ihnen in Ihren vier Punkten, die Sie genannt haben, ausdrücklich recht geben. Das war ja auch Kern dessen, was ich in der gestrigen Debatte hier und auch an vielen anderen Stellen in den letzten Monaten zum Ausdruck gebracht habe.

(Thomas Kufen [CDU]: Aber nicht nur Sie, andere auch!)

Das Thema „Koordination“ ist wichtig. Ich komme darauf gleich zurück. Die Ministerpräsidentenkonferenz und der Energiegipfel bei der Bundeskanzlerin sind ja schon erwähnt worden. Weitere Punkte in Ihrem Antrag sind die Bezahlbarkeit für Bürgerinnen und Bürger einerseits und für Industrie und Unternehmen andererseits, die Effizienz und der Konsens. Alles richtig. Auch die Fragen, die Sie gestellt haben, gehören mit dazu. Sie wollen von uns allen beantwortet werden.

Es bleibt bei dem, was in der Ministerpräsidentenkonferenz und auf dem Energiegipfel verabredet worden ist. Es muss eine Energiewende für die gesamte Bundesrepublik Deutschland geben. Es geht darum – das haben Sie aufgrund Ihrer Nachfrage an den Kollegen Schmelzer im Ergebnis gerade übereinstimmend festgestellt –, dass es 16 plus 1 geben muss. Das ist völlig richtig.

Nach wie vor unterscheiden wir uns aber bei einem entscheidenden Punkt: Wir sind der festen Überzeugung, dass es für 16 plus 1 so etwas wie einen Masterplan braucht. Dann kann man auf der Bundesebene darüber sprechen – das haben wir von Anfang an gefordert –, dort ein Monitoring anzusetzen. Wir müssen doch die Zielgrößen, die Zwischenziele, auch die regionalen Auswirkungen betrachten. Da macht es eben keinen Sinn, wie Sie es in Ihrem Antrag fordern, Institutionen und Beiräte zu schaffen. Gerade die Wechselwirkungen zum Beispiel für den Netzausbau in Nordrhein-Westfalen hängen doch davon ab, wie der Offshore-Ausbau gelingt. Auf den Offshore-Ausbau haben wir als Nordrhein-Westfalen aber direkt keinen Einfluss; wir können das nur beobachten. Wir brauchen das auf der Ebene des Bundes, 16 plus 1. Dort muss es einen Masterplan geben. Dort muss ein entsprechendes Monitoring angesiedelt sein. Das, was wir an NRW-spezifischen Fragestellungen – Stichwort: Klimaschutz – zu machen haben, ist ja bereits im Klimaschutzgesetz, im Klimaschutzplan angelegt,

auch mit den Monitoring-Elementen, die hier gerade beschrieben worden sind.

Ich glaube, dass wir bezüglich der Zielrichtung, die Sie auch in Ihrem Antrag beschrieben haben, nicht sehr weit auseinander liegen. Die Schlussfolgerung, hier in NRW noch einen draufzusetzen und ein Extra-Monitoring für die Gesamtenergiewende zu machen, die wir doch mit anderen gemeinsam machen wollen, ist jedoch falsch. Deswegen habe ich Verständnis dafür, dass die Fraktionen von SPD und Grünen Ihrem Antrag nicht zustimmen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Wir sind deshalb am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/1047 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Letzteres ist nicht der Fall. Dann ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

4 Mit mehr Marktwirtschaft die Energiewende aktiv gestalten – Verantwortung für den Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen übernehmen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1267

Eine Beratung, meine Damen und Herren, ist heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den **Antrag Drucksache 16/1267 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu überweisen**. Ich frage auch hier, wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist